



ANTIBERLINER

Kampfblatt gegen Goldelse und für den Fernsehturm // Nr. 4 // Oktober 2005

2 Fünfzig Jahre. Die Bundeswehr feiert sich bei strammer Marschmusik auf Berlins Reichstagsrasen

4 2,5 Milliarden Euro. Pro7 wird *Bild*. Medienmacht und verstrahlte Hirne. Schlechte Zeiten für Jan Delay

6 Urlaub auf den »Gelben Schein«. »Überflüssige« geben Anleitung zum Krankfeiern



Zum Ende Krieg



Am Ende ihrer Amtszeit entschied die rot-grüne Bundesregierung, dass das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan verlängert und gleichzeitig ausgeweitet. »Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt« kündigte Kriegsmminister Peter Struck entschlossen an. So beschloss das noch amtierende Kabinett die Verlängerung um ein Jahr sowie die Aufstockung des deutschen Kontingents von 2.250 auf 3.000 Soldaten. Zudem soll der Einsatzraum der Bundeswehr in Afghanistan ausgedehnt werden.

Deutsche Soldaten befinden sich seit dreieinhalb Jahren in Afghanistan im Einsatz. Im Oktober 2003 wurde schon einmal die Ausweitung des Einsatzes auf die Nordostprovinzen und eine Erhöhung der Truppenstärke auf 2.250 Soldaten beschlossen. Derzeit sind rund 8.500 Soldaten aus 37 Ländern in Afghanistan stationiert.

Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de
- Unterstützer: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



Rechts um!? Die Bundeswehr feiert sich selbst...

Am Mittwoch, dem 26. Oktober 2005, wird das 50jährige Bestehen der Bundeswehr mit einem Zapfenstreich vor dem Reichstag gefeiert. Trotz der Befürchtungen des Bezirksamts Mitte, der Reichstagsrasen könnte beschädigt werden, wurde der »Sondernutzungsbereich« für das Ritual bereits genehmigt. Mit dabei: 7.500 geladene Gäste aus aller Welt und 9.000 Polizisten.

Das Ritual des Zapfenstreichs stammt ab vom Signalspiel der Flöten und Trommler in den Truppenlagern des 30jährigen Krieges, mit dem am Abend der Bierausschank beendet wurde (der »Zapfen« am Fass wurde symbolisch »gestrichen«). Heute besteht das Ritual aus einer festgelegten Folge von Musikstücken. Zum Ein- und Ausmarsch der Soldaten wird stramme Marschmusik gespielt, getragenes, feierliches Liedgut (»Ich bete an die Macht der Liebe«), sowie die unvermeidliche Nationalhymne gehören auch zum Repertoire. Die Inszenierung, die in der Abenddämmerung stattfindet, besteht aus einem Fackelmarsch, dem Antreten des Wachbataillons, der Präsentation der Gewehre. Seit Höhepunkt erreicht der Zapfenstreich mit dem Befehl »Helm ab zum Gebet«. Während beim Gelöbnis Rekruten aufs Töten und Sterben auf Befehl vorbereitet werden, zielt die Feierlichkeit des Zapfenstreichs auf die Verankerung der Armee in der Gesellschaft.

Parlamentsarmee adé

Die Parole für das Spektakel am Reichstag lautet: »50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Parlamentsarmee«. Klingt gut, vor allem, für die, die es scheinbar nicht interessiert, dass der Bundestag sich erst am 3. Dezember vergangenen Jahres durch den Beschluss des »Parlamentsbeteiligungsgesetzes« weitgehend selbst handlungsunfähig gemacht hat. Das Gesetz ist am 24. März 2005 in Kraft getreten und beschneidet die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten des Bundestages gegenüber der Regierung.



»Kriegseinsätze stoppen! Wiedarentwaffnung jetzt!« Das Berliner Gelöbnis im Juli 2005

Zentrale Neuerung ist das sog. Vereinfachte Zustimmungsverfahren. In Paragraph 4 wird dargelegt, dass ein Einsatz von geringer Intensität und Tragweite, an dem nur wenige Soldaten beteiligt sind und es sich nicht um einen Krieg handelt, von der Regierung beschlossen werden kann. Diese setzt das Parlament einfach nur von ihrem Vorhaben in Kenntnis, welches als genehmigt gilt, wenn nicht binnen einer Woche eine Fraktion oder fünf Prozent der Abgeordneten eine Plenarberatung fordern. Dieses Verfahren wird auch bei der Verlängerung bereits einmal gebilligter Auslandseinsätze angewandt.

Ottfried Nassauer stellt fest, dass künftig nur der »konkrete militärische Einsatz« der Parlamentszustimmung bedarf, nicht aber Auslandseinsätze, die nur der Vorbereitung oder Planung solcher Einsätze dienen. »Zu jenen Auslandsverwendungen deutscher Soldaten, die keiner Zustimmung des Bundestages bedürfen, soll deren Einsatz in ständigen multinationalen Stäben der NATO, der EU oder anderer Organisationen kollektiver Sicherheit gehören. In der

Begründung des Gesetzentwurfs heißt es, zustimmungspflichtig sollen lediglich Verwendungen in extra für einen Einsatz zusammengestellten Stäben sein. Auch dies soll Regierung und Verwaltung unliebsame, öffentliche Debatten ersparen. Sowohl die NATO als auch die EU werden künftig im Wesentlichen ihre im Aufbau befindlichen ständigen mobilen Hauptquartiere einsetzen.«

Die zweite dramatische Gesetzesneuerung ist die »Gefahr im Verzug«-Regelung aus Paragraph 5. Wenn die Regierung »Gefahr im Verzug« erkennt, dann darf sie direkt losschlagen und muss das Parlament nur noch im Nachhinein abstimmen lassen. Dabei geht es um Einsätze, die »keinen Aufschub dulden oder Einsätze zur Rettung von Menschen aus Gefahrenlagen, bei denen eine öffentliche Befassung des Bundestages das Leben der betroffenen Menschen gefährden könnte«. Die Formulierungen sind so unbestimmt, dass sich z.B. Einsätze von Spezialkommandos wie der KSK darunter fassen lassen.

Das Parlament wird durch dieses Gesetz entmündigt und verliert einen Großteil seines Einflusses auf militärische Entscheidungen der Regierung. Bei der Kriegsvorbereitung in den Stäben und durch Militärberater in den sog. Krisengebieten muss das Parlament nicht mehr (in)formiert werden, mit öffentlichen Debatten muss man sich kaum noch aufhalten. Und wenn man sich erst mal im Krieg befindet ist es schon zu spät für lange Diskussionen. In dieser Situation lässt sich die Karte der nationalen Verantwortung umso eindrucksvoller spielen.

Was dieses Jahr beim Zapfenstreich gefeiert wird ist nichts weiter als der Abschied von langen Parlamentsdebatten und der Aufbruch hin zu neuen Zeiten der sorglosen Kriegsführung.

◆ Mehr Infos unter: wiedarentwaffnung.de.vu

◆ Bücher zum Thema: <http://www.papyrossa.de/militaer-rituale.htm>
<http://www.papyrossa.de/hindukusch.htm>

»Milliarden Dollar gegen Guerilla«

Interview mit der Delegation »Paz y Solidaridad«, die im Frühjahr nach Kolumbien reiste

Du warst im Februar und März in Kolumbien - was war das für eine Reise?

Wir sind als 20köpfige Delegation von GewerkschafterInnen, Antifas und anderen Linken auf Einladung des kolumbianischen Gewerkschaftsverbandes CUT zunächst nach Bogotá und später in das Departement Arauca im Nordosten gefahren. In den letzten 20 Jahren sind mehrere tausend GewerkschafterInnen von rechten Paramilitärs oder staatlichen Organen umgebracht worden. Mitunter geschah dies im Auftrag von Firmen wie Coca Cola. Durch die Präsenz internationaler Beobachter können die kolumbianischen AktivistInnen ein wenig geschützt werden. Wir haben uns mit VertreterInnen sozialer Organisationen getroffen, u.a. von Sinaltrainal, der Nahrungsmittelgewerkschaft, die erst vor wenigen Tagen wieder einen Aktivistin durch Mord verloren hat (<http://de.indymedia.org/2005/09/127958.shtml>). In Arauca, das militärisch besetzt ist, wo aber auch FARC und ELN sehr aktiv sind, haben wir landwirtschaftliche Kooperativen, soziale und Indigena-Organisationen besucht. Im Herbst

erscheint übrigens eine Broschüre der Kolumbienkampagne Berlin, in der unsere Reiseerfahrungen enthalten sein werden.

Wie ist denn die momentane politische Situation in Kolumbien?

Die Regierung unter Präsident Uribe versucht sich als demokratische,

zutrocknen.

Wie sieht der Konflikt zwischen Guerilla und Regierung aus?

Die FARC existiert seit etwa 40 Jahren, sie ist fast so alt wie der Bürgerkrieg in Kolumbien, der 1948, nach der Ermordung eines chancereichen fortschrittlichen Präsidentschaftskandidaten durch die Oligarchie, begann. Die FARC setzt auf militärische Stärke, nachdem der Versuch, sich als legale Partei (Union Patriótica) zu organisieren, Mitte der 80er daran scheiterte, dass 5.000 ihrer Mitglieder ermordet wurden. Die FARC kontrolliert größere Gebiete und ist im ganzen Land mit

20.000 Bewaffneten aktiv. Sie ist eher als Armee organisiert, die im direkten militärischen Konflikt mit dem Staat steht, während die ELN mit ihren etwa 6.000 Guerilleros, eher versucht, mit sozialen fortschrittlichen zivilen Kräften zu kooperieren. Uribes Versuch, die Guerillas militärisch zu schlagen, ist sicher aussichtslos, aber die Guerilla kann zur Zeit auch nicht gewinnen. Insofern ist leider ziemlich unklar, wie sich die Situation in Kolumbien verbessern könnte. Aber auf jeden Fall müssen die linken Kräfte dort unterstützt werden.

◆ **Infos und Kontakte:**
www.farcep.org;
www.eln-voces.com

Neues AIB erschienen

■ In Kürze erscheint die neue Ausgabe des Antifa Info Blatts. Themen sind u.a. Repression gegen Antifaschisten, das Label »Autonome Nationalisten«, eine Betrachtung zum Thema Neonazigewalt, ein Text zu Faschismustheorien. Ein kostenloses Probeexemplar kann man unter aib@mail.nadir.org bestellen.

Neues AIB erschienen



Ausnahme von der Regel: Universität in Bogotá

neutrale Instanz, die die Menschenrechte schützt, darzustellen. Tatsächlich kooperiert die Armee mit Paramilitärs und Todesschwadronen gegen alles, was links und sozial ist. Momentan will Uribe die Kommandanten der Paramilitärs durch ein Amnestiegesetz praktisch straflos stellen – obwohl sie für tausendfachen Mord verantwortlich sind. Eine besondere Rolle spielt Kolumbien als US-Stützpunkt, es gibt Hunderte Militärberater und Milliarden Dollar Militärhilfe – offiziell zur Bekämpfung des Drogenhandels, tatsächlich gegen die Guerilla. Auch die gegen Kokapflanzungen gerichteten Herbizid-Besprühungen treffen bewusst Agrar-Kooperativen, um soziale Organisation aus-



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

» Punk's not dead«

Aaach..., sie ist eine von diesen stupide auswendig Lernenden. Nach dem Seminar wurde sie dann von so einem neureichen, seitengescheiterten Spiesser abgeholt...« Das zottelhaarige Lästermaul hatte sofort Sympathiepunkte bei mir, als er sich in der U-Bahn über seine Kommilitonin ausließ. Immerhin bin auch ich bekennder Sozialneider. Ein wenig später fragte ihn sein Poncho tragendes Pendant, was er denn jetzt planen würde, so kurz vor Abschluß des Studiums. »Auswärtiges Amt« war die knappe Antwort! Dabei hatte ich zuerst »Ausland« verstanden, vermutlich weil ich das verstehen wollte. Vermutlich hätte es auch mehr dem

Klischee entsprochen, dass ich von Schlapperhosen tragenden Akademikern habe. Doch dieser unrasierte Unipunk wusste, was er will, und er weiß auch, wie er es bekommt. Zuerst müsse er diese »verdammte Prüfung bestehen«, mit der Joschkas böswillige Personalmanager die »Spreu vom Weizen trennen« wollen. Doch dann, so plant er, kommt er endlich »auf dieses Schloss«, wo er dann lernt, »wie man das mit dem Besteck macht und wie so einen Handkuss richtig geht...« Klar, die Zotteln müssen dann ab, aber für so ein Leben »mit fetten Diäten, irgendwo in der Sonne« würde auch ein Anarchist wie er gern von solchen Kleinigkeiten absehen.

Achtung! Mediale Verstrahlung

Für den MC Jan Delay sind schlechte Zeiten angebrochen. Grund ist ein Milliarden-Deal in der Medienbranche. Es hat aber nichts mit der Plattenfirma von Delay zu tun, sondern mit seiner politischen Einstellung – und sein Verhältnis zum Axel-Springer-Verlag

Ich möchte mich nicht in Köpfen befinden zusammen mit Gedanken, die unter Einfluss vom Axel-Springer-Verlag entstanden, in den ganzen verstrahlten Hirnen wär ich gern abhandeln...« Mit diesem Wunsch Jan Delays – geäußert im Song »Ich möchte nicht, dass Ihr meine Lieder singt« – hat der HipHopper es seit Anfang August schwerer. Durch die Übernahme der Mehrheit an der ProSiebenSat.1 Media AG ist der einstige Verlag damit nämlich zu einem der einflussreichsten Medienkonzerne geworden. Jan Delay muss jetzt nicht nur auf die Leser der *Bild*, der *B.Z.*, der *Berliner Morgenpost*, von *Mädchen* oder des *Rolling Stone*, sondern auch auf die Zuschauer von Sat.1 und ProSieben, von Kabel 1 und N24 und sogar auf die Fans des Quiz-Kanals 9Live verzichten.

Die Zeitung als Glotze

Der Name Springer steht also fortan für große Medienmacht: Die jetzt vollständig übernommenen Fernsehsender haben zusammen einen Marktanteil von mehr als 22 Prozent. Bei den Zeitungen sieht es ähnlich aus: Fast jedes vierte in der Bundesrepublik verkaufte Zeitungsexemplar kommt aus dem Hause Springer. Daneben verlegt der Medienkonzern etliche Zeitschriften (zum Beispiel auch *Yam!*, *Popcorn* und *Starexpress*), ist an etwa zwei Dutzend Radiosendern beteiligt (darunter der Berliner Sender r.s.2) und erreicht monatlich fast 10 Millionen Internet-User (hauptsächlich über die Seiten von *Bild*, Sat.1 und ProSieben).



Medienfestung: Axel-Springer-Haus in Berlin-Kreuzberg

Der Springer-Konzern hat damit einen Einfluss erreicht, wie ihn sich Axel Cäsar Springer erträumt hatte. Schon immer wollte der 1985 verstorbene Verlagsgründer eine große Beteiligung am Fernsehgeschäft – gilt doch die Glotze im Wohnzimmer als das Medium mit dem größten gesellschaftlichen Einfluss. Psychologen erklären das mit der Mehrdimensionalität des Fernsehens: Weil die Zuschauer selbst nichts tun müssen und die Kombination von Bild und Ton ihnen Realität suggerieren. »Ich hab's im Fernsehen gesehen«, wird so zum Beleg dafür, dass etwas auch wirklich passiert ist. Technische Neuerungen wie Dolby-Surround-Ton oder Großbildfernsehen verstärken diese Effekte sogar noch.

Sein Negativ-Image verdankt der Medienkonzern vor allem seinem populärsten Blatt: der *Bild*-Zeitung. Mehr als 3 Millionen Exemplare werden täglich von *Bild* verkauft, gefüllt mit Sensationslust, Skandalchen und anderen Nebensächlichkeiten. Zu den Lebzeiten Axel Cäsar Springers gehörte stets eine klare politische Orientierung dazu – eine konservative. Der Verleger sah sich immer als Bewahrer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Strikt lehnte er jede gesellschaftliche Veränderungsbestrebung ab. Er bekannte sich offen zum Antikommunismus (»Man ist gegen den Kommunismus wie man gegen Krebs ist«), sämtliche Zeitungen des Springerverlages schrieben die DDR immer nur mit Anführungszeichen und als in den 60er Jahren die Studentenbewegung in ganz Westeuropa revoltierte, hetzte vor allem die *Bild*-Zeitung gegen die Proteste. So wurden die Studentinnen und Studenten als »Radikalinskis« und »Mob« bezeichnet. Mit Schlagzeilen wie »Unruhestifter unter Studenten ausmerzen«, rief die *Bild* sogar offen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf. »Helft der Polizei, die Störer zu finden und auszuschalten«, hieß es beispielsweise, herbeigesehnt wurden auch »Polizeihiebe auf Krawallköpfe, um den möglichen noch vorhandenen Grips locker zu machen«.

Weniger, als wenig Meinungsvielfalt

Angesichts dieser Geschichte ist es nicht wirklich verwunderlich, dass es massive Kritik an dem Milliardendeal gibt, der Springer die Kontrolle über die Sender der ProSiebenSat.1-Gruppe ermöglicht. Der durch den geplanten Zusammenschluss entstehende Medienkonzern sei eine Gefahr für die Meinungsvielfalt, äußern Politiker und wirtschaftliche Konkurrenten Springers. Einer Meinungsvielfalt freilich, die es bereits vor der Springer-Übernahme der fünf Fernsehsender schon nicht gab. Die insolvente Mediengruppe von Leo Kirch, die vor allem Sat.1, Pro 7 und Kabel 1 zu erfolgreichen Sendern machte, galt als mindestens genauso konservativ wie der Springer-Konzern. Jahrelang ließ sich Kirch zum Beispiel vom früheren Bundeskanzler Helmut Kohl beraten und arbeitete mit dem rechtsnationalen italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi zusammen. Insofern wird sich bei diesen Sendern, an denen Springer bisher ohnehin schon mit 12 % beteiligt war, politisch so gut wie gar nichts ändern.

Springer verfolgt mit der ProSiebenSat.1-Übernahme wirtschaftliche Ziele und will vor allem an den einflussreichsten deutschen Medienkonzern herankommen: die Bertelsmann AG. Während im Falle von Springer alle um die Meinungsvielfalt fürchten, übt Bertelsmann längst einen wesentlich größeren Einfluss aus: Der Großteil der übrigen deutschen privaten TV-Sender (RTL, RTL 2, Super-RTL, RTL Shop, Vox, n-tv) gehört ganz oder teilweise zu Bertelsmann, ebenso diverse Radio-Stationen (in Berlin zum Beispiel 104.6 RTL und BB-Radio) und etliche Zeitschriften. Von den politischen Magazinen gehört der *Stern* ganz und der *Spiegel* zum Teil zur Bertelsmann-Gruppe, an der Tageszeitung *Fi-*



nancial Times Deutschland ist der Konzern mit 50 Prozent beteiligt, daneben gehören auch noch weitere Tageszeitungen zum Konzern.

Die Geschichte der Bertelsmann-Gruppe, deren Jahresumsatz mit rund 17 Milliarden Euro etwa vier mal so hoch ist wie der von Springer (2,4 Milliarden Euro) und der ProSiebenSat.1 Media AG (1,8 Milliarden Euro) zusammen, ist wenig rühmlich. Das 1835 gegründete Familienunternehmen profitierte gleich doppelt von der Nazi-Zeit. Zum einen spezialisierte sich Bertelsmann auf Landser-Literatur. Verlegte Titel wie »Jagdgeschwader Schuhmacher räumt auf«, »Mit Bomben und MGs über Polen« und »Feuer Marsch!« wurden im deutschen Angriffskrieg vor allem den Soldaten an die Front geliefert. Bertelsmann verkaufte dabei sogar mehr Exemplare als der Nazi-eigene Verlag Eher, allein 1942 brachte das dem Unternehmen einen Umsatz von 10 Millionen Reichsmark ein. Zum zweiten profitierte der Verlag von der Deutschen Besatzung anderer Länder: Allein in den Niederlanden riss sich Bertelsmann 13 Druckereien unter den Nagel, auch in Belgien, Lettland, Litauen, Österreich, Rumänien und dem heutigen Tschechien produzierte der Verlag seine Nazi-Heftchen.



aus wird über die Bertelsmann-Stiftung auch die Politik direkt beeinflusst. Gerade die Politik von SPD und Grünen, so berichtet die Rosa-Luxemburg-Stiftung, wurde in der Vergangenheit von Bertelsmann bestimmt: »Politiker wie Gerhard Schröder und Joschka Fischer bedienten sich nun bei ihren Politikkonzepten teilweise bis ins Detail bei den Ausarbeitungen aus dem Hause Bertelsmann.« Auf diese Art und Weise mische »Bertelsmann heute in Deutschland und Europa auf schwer zu überblickende Weise an fast allen wichtigen bildungs- und sozialpolitischen Reformen (Hartz, Agenda 2010) mit und beeinflusse viele weitere Politikfelder von der Gesundheits- bis zur Außen- und Sicherheitspolitik«.

Zu den großen Medien-Imperien von Springer und Bertelsmann gibt es schon heute kaum Alternativen. Zwei, drei Verlagsgruppen besitzen die restlichen Zeitungen und Zeitschriften. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender wie ARD und ZDF werden klar durch die großen Parteien und Kirchenverbände dominiert.

Imperium Bertelsmann

Der Bertelsmann-Konzern ist also mindestens genauso dominant und unsympathisch wie die Konkurrenz aus dem Hause Springer. Darüber hin-

we love to entertain you

Mit der Übernahme von ProSiebenSat.1 will der Axel Springer Verlag nun auch ins TV-Geschäft einsteigen. Der Konzern kauft für knapp 2,5 Milliarden Euro die Anteile der Investorengruppe um den US-Milliardär Haim Saban an dem größten TV-Konzern in Deutschland. Damit erlangt der Zeitungsverlag die vollständige Kontrolle über Fernsehsender wie beispielsweise ProSieben, Sat.1 und den Nachrichtenkanal N24. Bisher hatte Springer bereits einen Anteil von zwölf Prozent an der Senderkette. Nach Abschluss des Deals sollen 62,5 Prozent des Gesamtkapitals und alle Stimmrechte an den Axel Springer Verlag gehen. Mittelfristig sollen der Berliner Verlag und das Münchner TV-Unternehmen verschmolzen werden.

Nach Springer-Angaben entsteht »mit der Übernahme der profitabelsten deutschen Sendergruppe der einzige Börsen notierte Medienkonzern in Deutschland, der sowohl im Printmedien- als auch im TV-Geschäft tätig



Busenfreunde: Medienmogul Saban und der Bayrische Diktator

ist«. Das Bundeskartellamt wollte zuvor noch die gegenseitige Beeinflussung bislang getrennt angesehenen Print- und Fernsehmärkte prüfen. Saban hatte ProSiebenSat.1 gemeinsam mit Finanzinvestoren im Jahr 2003 aus dem Nachlass des insolventen Medienimperiums von Leo Kirch übernommen.

■ Urteil gegen KaZaA

In einem acht Monate dauernden Prozess in Sydney haben die Richter den Klagen gegen die Internet Tauschbörse KaZaA stattgegeben. KaZaA wurde verpflichtet, alle Verletzungen von Copyrights. Obwohl KaZaA längst nicht mehr zu den Marktführern in punkto Internettauschbörsen zählt und längst von BitTorrent oder eDonkey abgelöst wurde, ist dieses Urteil als Kampfansage der Musikindustrie an die sogenannte Musikpiraterie zu werten. Musik soll nur noch »legal« runtergeladen werden. Momentan gibt es zumindest noch ein breites und kostenloses Musik- und Videoangebot im Internet.

■ Arbeiter im Streik

Die Arbeiter, des städtischen Abschleppunternehmens »AUSSA« in Sevilla, befinden sich seit dem 16. Mai 2005 im Streik. Ihr Ziel ist es, die Wiedereinstellung von vier ihrer Kollegen zu erreichen, die aufgrund eines vorangegangenen Streiks von der Firmenleitung entlassen worden waren. Außerdem fordern sie mit Unterstützung der linken Gewerkschaft CNT-IAA die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Lage ist nun angespannt, da die Streikkasse, aus der die Arbeiter den Lebensunterhalt bestreiten, aufgebraucht ist. Trotz zahlreicher Demonstrationen und eines 8tägigen Hungerstreiks, ist die Firma nicht zum Einlenken bereit. »AUSSA« und auch die CNT sind entschlossen, ihre Forderungen durchzusetzen.

Das Wort zum Montag: Mach mal blau!

Die »Überflüssigen« präsentieren am Dienstag, 27.09 auf ihrer Pressekonferenz eine Broschüre, die in den 80'er Jahren etwa 80 Ermittlungsverfahren und mehr als 100 Hausdurchsuchungen zur Folge hatte.

Damals war das Büchlein mit dem Titel »Lieber krankfeiern als gesundschaften Wege zu Wissen und Wohlstand« für 10 Mark zu haben vorausgesetzt die Polizei war nicht schneller. Die Neuauflage wurde den aktuellen Entwicklungen des Sozialstaats angepasst und heißt jetzt »Diagnose Kapitalismus, Therapie Pause Medizinisches Wissen zur Überwindung von Arbeitszwang und Behörden-drangsals«. Die Gratis-Broschüre wurde aktualisiert und bietet detaillierte Anleitungen zur Simulierung von Krankheiten. Damit ist es jedem »Ein-Euro«-Jobber möglich den gelben Schein vom Arzt zu holen, ohne auf sein Mitleid angewiesen zu sein. Zeit-



Bildunterschrift

gemäß ist der Ratgeber nicht nur in linken Buchhandlungen zu haben, sondern unter www.krankfeiern.org auch online verfügbar. »Schnell zuschlagen und die Broschüre holen oder downloaden« rät eine »Überflüssige« auf der Presse-

konferenz, »Staatsanwalt und Polizei wollen nämlich derartige Subversion sofort aus dem Verkehr ziehen«.

◆ mehr Infos unter:
www.ueberfluessig.tk



Fachwissen

Wir befragten eine Kreuzberger Hausärztin zu der Broschüre: Was können Sie fachlich zu dieser Broschüre sagen?

Medizinisch einwandfrei, die Anleitungen sind perfekt. Wer so zum Arzt geht, wird garantiert arbeitsunfähig geschrieben. Solche Vortäuschungen sind aber unnötig!

Warum?

Weil Menschen die psychisch am Ende sind, weil sie von Behörden oder Unternehmen erniedrigt werden, z.b. durch Zwang zu sinnlosen Arbeiten im Rahmen der »Ein-Euro-Jobs«, sowieso meistens krank sind, und keine zusätzlichen Beschwerden simulieren müssen.

Haben sie viele Patienten, die unter »Hartz-IV« leiden?

Es geht nicht nur um »Hartz-IV«, es ist eine gesellschaftliche Situation, in der Erwerbsarbeit für alle Menschen nicht mehr vorhanden und gar nicht notwendig ist. Es ist der falsche Arbeitsethos, es ist die psychische und existenzielle Bedrohung für alle, die kein Geld haben, was krank macht. Die meisten Menschen, die zu mir kommen, wollen trotz Krankheit weiter arbeiten – aus Angst. Obwohl die Arbeitsverhältnisse zunehmend krank

machen ist der Krankenstand in der BRD so niedrig wie noch nie!

Das sehen sicherlich nicht alle Ärzte so, ...

Mangelnde Analysefähigkeit gesellschaftlicher Zustände ist auch bei Ärzten weit verbreitet...

Ist es daher nicht ratsam, beim Praxisbesuch neben seiner Verweigerung des herrschenden Arbeitsethos auch ein paar handfeste Beschwerden anzugeben?

Kein Kollege wird eine Krankenschreibung ohne Grund ausstellen. Für die psychischen und psychosomatischen Krankheitsbilder fehlt oft die Kompetenz oder ganz einfach das Einfühlungsvermögen. Manchem ist da mit Angaben klassischer Beschwerden geholfen. Oft hilft auch ein Arztwechsel.

Finden Sie die Broschüre sollte verboten werden?

Nein. Ich fand die Lektüre interessant und würde sie auch Kollegen empfehlen. Einige Texte berühren wichtige gesellschaftliche Fragen. Und: Nachdenken über mehr Gesundheit und ein besseres Leben schadet nie.



Franco murio en la cama

Der Spanische Faschist Franco starb vor 30 Jahren



»Der fallende Soldat« (Robert Capa, Spanien, 1936)

»Franco murio en la cama«¹ ein Ausspruch, der sich im spanischen Staat im Hinblick auf das Ende des autoritären Franco-Regimes etabliert hat.

Wenn erst mit dem natürlichen Tod des spanischen Diktators Francisco Franco am 20. November 1975 endete die aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene und vierzig Jahre andauernde Diktatur. Der unblutige Übergang von der Franco-Diktatur zur parlamentarischen Monarchie hatte einen hohen Preis: Die Verbrechen des Bürgerkrieges und des franquistischen Regimes wurden weder geahndet noch thematisiert.

Zurück in die Vergangenheit

Nach dem Militärputsch 1936 gegen die gewählte Zweite Republik, kam es zu einem Bürgerkrieg zwischen der Volksfront (Sozialisten, Kommunisten, Republikanische Linke, Regionale Kräfte, Anarchisten) und der Nationalen Front (Katholische Konservative, Monarchisten, Rechtsrepublikaner, faschistische Falange). Wenngleich der Bürgerkrieg primär ein Klassenkonflikt gewesen ist, wurde diese Konfliktachse jedoch gekreuzt von nationalen/regionalen, religiösen, wirtschaftlichen und kulturellen Auseinandersetzungen. Die aus dem Bürgerkrieg 1939 hervorgegangene autoritäre Franco-Diktatur zementierte vor allem in den Anfangsjahren ihre Macht mit harten Repressionsmaßnahmen: Politische Gegner wurden gefangen genommen, zur Zwangsarbeit gezwungen, gefoltert, ermordet oder »verschwand«. Neben den repressiven Maßnahmen wurde vom franquistischen System eine Erinnerungspolitik mit großem

Aufwand konstruiert: Das Geschichtsbild wurde auf die drastisch verzerrte Version des Bürgerkrieges als »antikommunistischen Kreuzzug« verpflichtet; die spanische Gesellschaft gespalten in die nationalen Sieger und die »Anti-Spanier«; zentrale Gedenktage anlässlich des Militärputsches und – sieges gefeiert sowie zahlreiche Erinnerungsorte geschaffen. Ein Gedenken der republikanischen Kräfte an den Bürgerkrieg wurde unter Franco hingegen repressiv ins Private und Exil gedrängt.

Postdiktatorische Verhältnisse

Lange Zeit galt der spanische Übergang von der Franco-Diktatur hin zu einer parlamentarischen Monarchie als Musterbeispiel für einen friedlichen Systemwechsel. Dabei wurde häufig verdrängt, dass dieser politi-



Antifaschistische Demonstration in New York zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges

sche Wandel maßgeblich unter Anleitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der politischen Elite verlief. Zentraler Bestandteil des friedlichen Übergangs war das (General-)Amnestiegesetz, welches 1976 vom spanischen Ministerrat beschlossen wurde, dieses sah keine Unterscheidung zwischen den Tätern und Opfern vor und ermöglichte so die Integration von Trägern und Unterstützern der Diktatur in die »Demokratie«. Die

traumatische Erfahrung des Bürgerkrieges, die Nachwirkungen der franquistischen (Erinnerungs-)Politik, sowie der fehlende klare Bruch mit der Diktatur waren zentrale Aspekte, die jahrzehntelang eine umfassende Aufarbeitung der jüngsten spanischen Vergangenheit verhinderten.

Neue Art der Erinnerung..?

Der »Konsens des Schweigens« über die Vergangenheit scheint jedoch massiv zu bröckeln, denn außerparlamentarische Initiativen und Organisationen bemühen sich seit einigen Jahren um eine umfassende Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Ein umfangreiches Projekt, denn so ist bis heute z.B. die Frage nach den »Verschwundenen« des Franquismus nur unzureichend geklärt. Die »Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica« (ARMH) geht davon aus, dass von den schätzungsweise 150.000 Todesopfern des Franquismus ca. 30.000 Tote in anonymen Massengräbern verscharrt wurden. Erstmals im Jahr 2000 hat diese Organisation mit der Aushebung eines Massengraves begonnen und sich für die Rehabilitierung der Opfer eingesetzt. Ein anderes Beispiel das »Foro por la memoria«³ arbeitet seit Jahren aktiv für die Entfernung der nach wie vor präsenten franquistischen Symbolik – spricht die Umbenennung von Straßen und Plätzen sowie die Entfernung von Franco-Statuen – ein. Eine allgemeine Veränderung zeichnet sich erst langsam ab. Im November 2002, Francos 27. Todestag, verabschiedete das spanische Parlament eine Resolution, in der der Militärputsch von 1936 erstmals offiziell verurteilt wurde, die Opfer des Bürgerkrieges und Franquismus rehabilitiert und Unterstützung bei der Suche nach den Massengräbern zugesagt wurde. Ohne den massiven öffentlichen Druck, der durch die Arbeit der Erinnerungspolitischen Initiativen entstanden ist, wäre dieses nicht möglich gewesen. Aber dennoch sind einige grundlegende Fragen nach wie vor offen, wie die Entschädigung der Zwangsarbeiter, die Verfolgung der Täter und sowie die Öffnung aller (Militär-)Archive aus jener Zeit. Es wird sich zeigen, ob jetzt dreißig Jahre nach Francos Tod die Aufarbeitung der Vergangenheit wirklich beginnt.

¹»Franco starb im Bett«

²Verein für die Wiederherstellung der Erinnerungspolitik

³Forum für die Erinnerung

■ Naziaufmarsch in Göttingen

Am 29. Oktober 2005 plant der NPD-Landesverband Niedersachsen unterstützt durch regionale Kameradschaften einen Neonazi Aufmarsch durch Göttingen zu organisieren. Dagegen regt sich ein breiter politischer Widerstand, erklärte die »Antifaschistische Linke International« [A.L.I.] und kündigt entschlossenen Widerstand gegen diese Provokation an. Die Gruppe rief alle antifaschistischen Kräfte dazu auf, bereits jetzt aktiv zu werden, um einen Naziaufmarsch in Göttingen schon im Vorfeld politisch zu verhindern und kündigte Gegendemonstrationen an. ♦ Infos: puk.de/ali

■ Polizei vs. Antifa

Die innenpolitische Repression in Deutschland nimmt ständig zu. Zunächst mehrere Hausdurchsuchungen in Berlin gegen Antifas wegen einer angeblichen Schlägerei mit Neonazis im Juli dieses Jahres. Dann ein Razzia bei dem Protestcamp »Summercamp of Resistance« in Reinickendorf. Nur einen Tag später schlug die Berliner Polizei erneut zu. Diesmal wurde eine Party, zwei Privatwohnungen, zwei Bürotagen sowie der Infoladen »Fusion« durchsucht. Es wurden mehr als 300 Polizisten eingesetzt. Als Grund dafür mussten Wahlplakate der NPD herhalten. Diese konnten auf der Party gegen Cocktails eingetauscht werden. In einem offenen Brief protestierten über 220 Unterzeichner gegen die sich immer weiter verschärfende Innenpolitik.

♦ Soli: Klaus Schmidt; Postbank Berlin; Kto: 20610106; Blz: 10010010; Stichwort: ermittlungsausschuß 6. Juli



■ Gegen Sektierer ...

Warum die antideutsche Ideologie nicht links ist, sondern letztlich eine Bestärkung herrschender Verhältnisse, zeigen die Autoren des Sammelbandes »Sie war'n die Antideutschesten...«. Bernhard Schmid beschreibt z.B. in »Urlaub von den Bahamas«, wie diese »antitotalitäre Sekte« so lange falsch abbog, bis sie bei Präsident Bush als »Man of Peace« landete.

◆ Sie war'n die Antideutschesten der deutschen Linken, ISBN 3-89771-432-9, 288 S., 16 €, Unrast

■ Marcos und Taibo II

Subcommandante Marcos und Paco Ignacio Taibo II haben einen Roman geschrieben. Elías Contreras von der EZLN sieht Mexikostadt als Monster, wo seltsame Sitten herrschen. Der einäugige Detektiv Héctor Belascoarán lebt dort, sein Urwald besteht aus Autos, Menschen und Fernsehantennen. Ein 1971 ermordeter Student hinterlässt im Jahr 2005 Nachrichten auf Anrufbeantwortern und Contreras hört von dunklen Geschäften in Chiapas.

◆ Unbequeme Tote, ISBN 3-935936-39-7, 240 S., Assoziation A, 16,80 €

■ Layouteinstieg

Wer sich über Dateien ohne Überfüllung und pixeliger Auflösung ärgerte, ist allen dankbar, die sich nicht nur einen Kopf über korrekte Parolen und geiles Layout machen, sondern das auch richtig abspeichern. Ein Buch über Farbe, Druckverfahren, Weiterverarbeitung, Datenaustausch, Schriften und nützlicher CD.

◆ DTP Druckreif, ISBN 3-499-60090-0, 315 S., 15,50 €, rororo

»Es ist beim Boxen vieles besser geworden«

Boxen wird in der Öffentlichkeit oft als Männersport wahrgenommen. Boxerinnen stehen mit Ausnahme von Weltmeisterin Regina Halmich eher im Hintergrund. Mädchen und junge Frauen zu stärken und gleichzeitig für den Boxsport zu interessieren, sind einige Ziele des Projekts »Boxgirls«. Der Antiberliner sprach mit der Cheftrainerin Heather Cameron

Boxgirls? Das klingt nach einem Boxverein für Frauen. Ist das was besonders? Was ist Boxgirls genau und was macht ihr?

Wir unterstützen junge Frauen und Mädchen dabei, sportlich aktiv zu sein und durch ihr dadurch erworbenes Selbstvertrauen auch eine neue Rolle in ihren Kiezen einzunehmen. Im BCS Box Club Seitenwechsel in Kreuzberg bieten wir Boxkurse für Mädchen und Schulklassen an. Das Training bringt körperlichen Spaß und Rhythmusgefühl. Anfangs steht dabei die Technik im Vordergrund. Kontaktboxen kommt erst später, wenn die Schülerinnen das auch machen wollen. Anfangs sind da viele Mädchen zurückhaltend, nach einer Weile wollen sie sich dann aber doch ausprobieren.

Bei Boxgirls trainieren Frauen aus vielen Herkunftsländern. Die bunte Mischung ist auch Teil unseres Selbstverständnisses. Die Mädchen und jungen Frauen lernen bei den Kursen im Team zu arbeiten und mit Konflikten umzugehen. Neben den regelmäßigen Trainingsangeboten organisiert Boxgirls auch mehrere Events,

Boxworkshops und Besuche an Schulen. Ein großer Teil unserer Tätigkeit besteht aber auch in der Werbearbeit für das Mädchenboxen.

Seit wann gibt es Boxgirls?

Das öffentlich geförderte Projekt wurde im April 2005 ins Leben gerufen. Da der Frauenboxverein BCS ein großer Erfolg war, entschieden wir, unser Knowhow auch an jüngere Mädchen weiterzugeben. Beim kostenlosen Probe-

training können Interessierte übrigens auch gerne mal reinschnuppern.

Was wollt ihr damit erreichen?

Wir wollen, dass mehr Mädchen und junge Frauen in Berlin boxen. Auch wirken wir darauf hin, den Anteil an Wettkampfsportlerinnen zu erhöhen. Mit Boxgirls wird darüber hinaus die bessere Zusammenarbeit der Boxvereine mit den Schulen vorangetrieben. Wichtig ist uns vor allem, dass die Kompetenz von Boxtrainern, mit Mädchen zu arbeiten, erhöht wird. Bei den Kursen vermitteln wir den Mädchen, wie sie sich Durchsetzen und gegebenenfalls wehren können. Wir kooperieren bei unserer Arbeit auch mit anderen Mädchenprojekten.

Mit welchen Problemen sind boxende Frauen häufig konfrontiert?

Die schlechte Organisation von Boxerinnen ist ein Nachteil. Jede kämpft zurzeit für sich. Wir wollen uns daher organisieren, um genug Masse zu haben, etwas in den Vereinsstrukturen zu ändern. Außerdem gibt es viele Vorurteile gegenüber dem Boxen. Zahlreiche Menschen denken, dass man beim Boxtraining ständig ins Gesicht geschlagen und angeschrien wird. Das schreckt besonders Frauen ab.

In den Vereinen haben derweil die meisten in verantwortlichen Positionen inzwischen erkannt, dass die Zukunft von Männer- und Frauenboxen zusammenhängt. Wir kriegen zwar immer noch nicht genügend Wettkämpfe, aber es ist schon sehr viel besser geworden.

◆ Infos: www.boxgirls.de



Laila Ali – Tochter von Muhammad Ali – ist heute erfolgreiche Boxerin

Meine Ilse K.: Tatort Schmuckladen

